

wart in Danzig fast keine Besucher hat, liegt es in fast allen Gasthöfen auf, geht vielen Geschäftsleuten zu und wird oben-
drein als bequemeres Propagandamittel in die ganze Welt ver-
schickt. Alle Zeitungen und Zeitschriften Polens beteiligen sich
an dem Kesseltreiben gegen Danzig, dem man heute Zuckerbrot
bietet und morgen mit der Peitsche droht, damit es endlich den
Schritt tut, auf den man in Warschau mit schmerzlicher Ungeduld
wartet: selbst zu erklären, daß die Lage unhaltbar geworden
sei und daß nur noch der enge Anschluß an Polen helfen könne.
Dieser Augenblick ist vielleicht nicht mehr so außerhalb des
Bereiches des Möglichen gelegen, wie die deutsche Öffentlichkeit
glaubt. Der Danziger Bevölkerung hat sich in der gegenwärtigen
Lage eine ungeheure Niedergeschlagenheit bemächtigt, und
wenn nicht von Deutschland aus alles geschieht, um den tapferen
Vorposten an der Weichselmündung zu zeigen, daß 60 Millionen
mit ihnen leiden und gegebenenfalls ebensoviele Opfer für ihr
Vorstehen bringen wollen, wie das die Deutschen der bedrohten
Ostgebiete seit Jahren tun, dann ist das Schlimmste zu befürchten.
Der in Danzig verbrachte Urlaub, die in dieser schönen
Stadt abgehaltene Tagung und die geschäftlichen Aufträge, die
der Großkaufmann oder Schiffseigner auch bei gemindertem Ge-
winne in das von Arbeitslosigkeit heimgeführte Danzig gelangen
läßt, alle tragen dazu bei, die alten Bindungen zu befestigen
und dem Einzelnen die Gewißheit zu geben, daß er am Web-
stuhl der Zeit mitwirkt und dem Gefühl der Verantwortung
für sein Volkstum tatkräftigen Ausdruck verleiht.
Danzig! Danzig!! heißt die politische Parole der nächsten
Zukunft; möchte sie in ihrer schicksalsschweren Bedeutung zu
tieft beachtet werden.

Wieder eine amerikanische Stimme für die Schuldenrevision.

Der undurchführbare Dawesplan.

New York, 24. März. Professor Gibbons von der Univer-
sität Princeton hielt in New York eine Rede, in der er darauf
hinwies, daß trotz Deutschlands Völkerverbundseintritt und Stre-
fmann-Freundschaftsverpflichtungen noch immer fran-
zösische Truppen im Rheinlande stünden, weil Frankreich an den
deutschen Zahlungen zweifelte. Dies würde anders werden, wenn
Amerika eine Schuldenrevision vornehme und damit wirklich
etwas für die Abrüstung der Welt tue. Mit Bezug auf den
Dawesplan erklärte Gibbons, daß er nicht den geringsten Erfolg
gebracht habe, da Deutschland den doppelten Betrag der ins Aus-
land abgeführten Summe im Ausland zu leisten hatte.
Deutschland werde 1928 keine Barzahlungen
mehr leisten können, da es am Ende seiner
Kraft sei.

Deutschenbege im belgischen Senat.

Brüssel, 24. März. Der belgische Senat nahm gestern mit
84 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen den Etat des Auswärtigen
Amtes an. Banderwede erklärte bezüglich der belgisch-franzö-
sischen Handelsbeziehungen, daß eine Wirtschaftsunion unmöglich
sei und daß allein auch für die belgisch-französischen Wirtschafts-
beziehungen der Meistbegünstigungsvertrag in Frage komme.
Senator Digneffe lenkte die Aufmerksamkeit des Parlaments auf
die Fortschritte der deutschen Zivilluftfahrt und der deutschen
chemischen Industrie, die nach seiner Meinung Kriegszwecken
tauglich würden. Banderwede erklärte, daß in den vorgebrachten
Tatsachen eine Gefahr liege, die aber mit der allgemeinen Ab-
rüstung beseitigt werden könne.

Auch Belgien bereitet sich zum Kriege vor.

Brüssel, 24. März. Nach einer königlichen Verordnung
wird auch für Belgien eine ständige Kommission geschaffen wer-
den, die dem Kriegsministerium untersteht und die nationale
Verteidigung für den Kriegsfall bis in die kleinsten Einzelheiten
vorbereiten soll. Ein Generalstabsoffizier wird die Arbeiten der
Kommission leiten.

Mensch unter Menschen

Nach dem Roman „Die Glenden“ von Victor Hugo.

45)

(Nachdruck verboten)

Einundzwanzigstes Kapitel.

Der letzte Schluß aus dem Klee.

Der Morgen nach der Hochzeit ist still und einsam.
Der Lärm der Besuche und des Glückwünschens fängt erst
später an. Am Morgen des 17. Februars war es etwas
über zwölf Uhr mittags, als der Diener, mit der Ser-
viette und dem Federbesen unter dem Arm im Vor-
zimmer beschäftigt, leicht an die Tür klopfen hörte. Der
Mann öffnete und sah Herrn Fauchelevent. Er führte
ihn in den Salon, in dem noch alles drunter und drüber
stand und aussah wie ein Freuden-schlachtfeld vom vori-
gen Tage.

„Ist Ihr Herr schon auf?“ fragte Valjean.
„Welcher? Der alte oder der neue?“
„Herr Pontmercy.“
„Der Herr Baron?“ wiederholte der Diener. „Ich
will gleich nachsehen.“

Einige Minuten vergingen. Valjean stand unbeweg-
lich an der Stelle, wo der Diener ihn verlassen hatte. Er
sah bleich aus; seine Augen waren so sehr eingesunken
infolge der Schlaflosigkeit, daß sie fast verschwanden; sein
schwarzer Frack hatte die zerdrückten Falten eines Klei-
dungsstückes, das man die Nacht über am Körper be-
halten hatte.

Ein Geräusch entstand jetzt an der Tür und er sah auf.
Marius trat ein mit hochgehaltenem Kopfe, lächelndem
Munde, wie mit Licht im Gesicht und triumphierenden
Augen.

„Sie sind es, Vater?“ rief er, als er Valjean bemerkte.
„Aber Sie kommen zu zeitig; es ist ja erst einhalb Uhr.“
Cofette schlief noch.“

Das Wort Vater, das Marius zu Fauchelevent ge-
sagt hatte, bedeutete höchstes Glück. Es hatte immer
Kälte und etwas Zwang zwischen beiden stattgefunden,
Eis, das brechen oder schmelzen mußte. Marius war jetzt,
in seinem größten Rausche, soweit gekommen, daß das
Eis sich zu lösen begann und Fauchelevent für ihn wie
für Cofette Vater war.

„Wir haben beide viel von Ihnen gesprochen; Co-
fette hat Sie so lieb. Sie werden doch nicht vergessen, daß
Sie Ihr Zimmer hier haben? Wir haben uns einmal fest
vorgenommen, recht glücklich zu sein, und Sie müssen
dabei sein bei unserem Glück, hören Sie? Vater, heute
frühstückten Sie doch bei uns?“

„Herr,“ sagte Valjean, „ich habe Ihnen etwas zu
sagen. Ich bin ein ehemaliger Sträfling.“

Außenpolitik im Reichstage.

(294. Sitzung.) OB. Berlin, 23. März.

Die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Feder
(Nationalsoz.), wegen Verleumdung des Ministers Dr. Strese-
mann wurde nicht erteilt. Fortgesetzt wird die zweite
Lesung des

Haushalts des Auswärtigen Amtes.

Abg. Dr. Haas (Dem.) fragte die Regierung an, daß sie
in Genf sowohl in der Saarfrage wie in der ober-schlesischen
Schulfrage auf einwandfreie deutsche Ansprüche verzichtet
habe. Für Deutschland wie für Frankreich sei die Verständi-
gung so sehr eine Lebensnotwendigkeit, daß eine glückliche
Entwicklung dieser Bestrebungen nicht hätte leiden können
unter einer stärkeren Betonung des deutschen Rechtsstand-
punktes. Der Redner tritt dann unbeschadet der deutschen An-
sprüche auf eine Berichtigung der deutschen Ostgrenzen für
eine Verständigung mit Polen ein. Mit der im Verfall
Vertrage versprochenen Küstungsbeschränkung müsse endlich
Ernst gemacht werden. Zum Schluß sprach der Redner die
Hoffnung aus, daß in absehbarer Zeit die Rheinland-
räumung doch erreicht wird.

Abg. Dr. Vredt (Wirtsch. Bg.) erklärte, wirklich zufrieden
sei keiner mit dem Ergebnis von Genf, aber dennoch bestünde
fast eine Einheitsfront für den Außenminister. Die jetzige
Außenpolitik sei zweifelhaft geworden. Der Redner be-
dauerte, daß man seinerzeit im deutschen Volke so übertriebene
Hoffnungen auf die Früchte von Thoiry gesetzt habe. Die
Weltpolitik würde heute beherrscht von den russisch-englischen
Gegensätzen.

Abg. Gmünger (Bayer. Vp.) wies darauf hin, daß die
außenpolitische Lage Deutschlands sich in den letzten Monaten
nicht unwesentlich verschlechtert habe, es sei aber ein Umsturz,
wenn man den Eintritt der Deutschen in die Regierung
dafür verantwortlich machen wolle. Ein großer Teil
der deutschen Außenpolitik werde jetzt in Genf gemacht. Der
Redner verlangte strengste Neutralität Deutschlands bei allen
etwa auftauchenden internationalen Verhandlungen und
wünschte, daß der Reichsaussenminister auch weiter erfolgreich
für den Frieden arbeiten möge.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann

nahm erneut das Wort und erklärte: In Kritik an der Hal-
tung der deutschen Delegation in Genf hätte es ja nicht gefehlt.
Es hätte in dieser Frage beinahe eine Einheitsfront gegeben.
Mit Ausnahme einer Fraktion hätten seine Darlegungen über
die Stellung der deutschen Reichsregierung in der gegenwärtigen
politischen Lage Zustimmung gefunden. Der Minister
wandte sich dann gegen die kommunistischen Ausführungen,
wonach die ganze Art seiner Rede bewiesen hätte, daß feste
Vereinbarungen zwischen Chamberlain, Mussolini und Strese-
mann über Deutschland als Aufmarschgebiet und Kriegs-
schauplatz gegen Rußland beständen. Es liege nicht im Inter-
esse der deutschen Beziehungen zu den anderen Mächten und
auch nicht im Interesse der Beziehungen zu Sowjetrußland,
wenn solche Behauptungen fortgesetzt wiederholt würden.
Es liege durchaus nicht im deutschen Interesse, wenn die Dinge
immer so hingestellt würden, als ob die deutsche Regierung
nicht in der Lage sei, ihr Programm durchzuführen. Einen
Außenminister, der jedesmal befriedigende Ergebnisse aus
Genf zurückbringe, werde man schwer finden.

Jede Lösung des Völkerverbundes werde der Natur dieses
Bündnisses entsprechen und ein Kompromiß sein müssen.

Man sagt, Deutschland hätte sich lieber im Völkerverbund über-
stimmen lassen sollen. Es gäbe aber ungeschriebene Gesetze in
der Politik, die von größter Bedeutung seien. Im Völkerver-
bundrat sei es bisher Tradition gewesen, daß nicht nach
Nationen abgestimmt, sondern immer eine Einigung herbei-
geführt worden sei. Es wäre vielleicht sehr bedenklich ge-
wesen, diese Tradition zu verletzen, in dem Augenblick, wo
zum erstenmal der deutsche Außenminister den Vorsitz führte.
Auf den Bahnschutz im Saargebiet hatte sich der Völkerver-
bundrat schon vor Deutschlands Eintritt in den Völkerverbund
festgelegt. Tatsächlich sei bei dem deutschen Vorgehen in Genf
vor aller Welt der deutsche Rechtsstandpunkt fest-
gestellt worden. Deutschland habe in Genf nicht alles erreicht,
was es wollte, aber es hätte nicht einmal so viel erreicht, wenn
es nicht Mitglied des Völkerverbundes gewesen wäre. (Beifall.)
In der ober-schlesischen Frage sei ausdrücklich festgelegt wor-
den, daß durch die Kompromißlösungen in keiner Weise der

deutsche Rechtsanspruch angetastet werde. Die Lösung konnte
am besten so gefunden werden, daß Deutschland praktisch das
erreichte, was die deutschen Petenten wollten. Dem deutschen
Vertreter bei solchen internationalen Verhandlungen dürfe
man nicht zu schwere Fesseln anlegen, wenn man seine Kraft
nicht lähmen wolle. Der Minister erklärte weiter, es könne
keine Rede davon sein, daß Deutschland deshalb in der pol-
nischen Frage nachgegeben habe, weil es an die westliche
Politik gegen Rußland gebunden sei. Nein sachlich müsse aber
jeder Vernünftige einsehen, daß auf die Dauer Deutschland
von einem Zollkrieg mit Polen keinen Vorteil habe. Es hätte
kein Zweifel darüber bestanden, daß man in Thoiry einig
geworden sei, die Basis der deutsch-französischen Verständi-
gung müßte

die Rheinlandräumung

sein. Nach Thoiry hätte in Frankreich ein lebhafter Ansturm
der Gegner Briands begonnen. Der Kampf sei dort noch
nicht entschieden; er sei aber überzeugt, daß diejenigen schließ-
lich sich durchsetzen würden, die für die Verständigung seien.
Zur Abrüstungsfrage müsse er sagen, daß Locarno ein
Ansturm wäre, wenn man sich als Friedensstifter bekenne, aber
rings um Deutschland Bajonette sich auf Bajonette häuften.
Darauf wurden die Verhandlungen unterbrochen und die
zurückgestellte Abstimmung zum Reichsministerium des Innern
vorgenommen. Vorher kam es noch zu ziemlichem Lärm, da
die Kommunisten versuchten, die politischen Zusammenstöße in
Berlin, Duisburg und anderswo zur Erörterung zu bringen.
Der kommunistische Versuch scheiterte nach großen Tumulten
an dem Widerstand der Regierungsparteien.

Die kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge
wurden abgelehnt, auch der Mißtrauensantrag der Kom-
munisten gegen den Minister von Keudell. Zur Hebung der
Jugendnot wurden 2½ Millionen Mark bewilligt. An-
genommen wurde dann u. a. eine Entschleunigung, die die
Reichsregierung ersucht, bei den beteiligten Länderregierungen
darauf hinzuwirken, daß vorgebende, der gesetzlichen Be-
grenzung entbehrende Rede- und Versammlungsverbote nicht er-
lassen werden. Damit war der Etat des Innern erledigt.

Darauf wurden die Verhandlungen zum Auswärtigen
Amt fortgesetzt. Abg. Graf zu Reventlow (Nationalsoz.) er-
klärte, daß seine politischen Freunde nach wie vor grund-
sätzlich Gegner der Stresemannschen Außenpolitik seien.

Abg. von Gräfe (Wölk.) verglich das Niveau des jetzigen
außenpolitischen Kabinetts mit den Staatsdebatten unter Bis-
marck und meinte, jetzt gleiche der Reichstag einem Kremator-
ium, worin die letzten Reste des deutschen Landes ver-
brannt werden. Der Abgeordnete bezeichnete die Ergebnisse
von Genf im übrigen als lässlich.

Damit schloß die Aussprache. Der kommunistische Miß-
trauensantrag gegen den Außenminister wurde gegen die
Stimmen der Kommunisten und der Wölkischen bei Stimment-
haltung der Sozialdemokraten abgelehnt.

Vor der Abstimmung hatte der Abg. Breitscheid (Soz.)
erklärt, daß seine Fraktion gegen die Zusammensetzung des
Kabinetts die denkbar schwersten Vorwürfe habe und sich der
Stimme enthalten würde, um die Verantwortung für die
geführte Außenpolitik den Regierungsparteien zu überlassen.
Das Haus ging zur Beratung des Etats des Verkehrs-
ministeriums über.

Auch das Mißtrauensvotum gegen Dr. Stresemann abgelehnt.

Berlin, 23. März. Im Reichstag wurde heute das kom-
munistische Mißtrauensvotum gegen den Reichsaussenminister
Dr. Stresemann gegen die Stimmen der Kommunisten und der
Wölkischen bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten abgelehnt.

Die Verhandlungen des Steuerausschusses.

Berlin, 23. März. Nach Fortsetzung der Debatte im
Steuerausschuß des Reichstages wurde eine Reihe von An-
trägen der Regierungsparteien angenommen, wonach das Reich
den Ländern und Gemeinden die Beträge aus der Erwerbslosen-
fürsorge bis zum Inkrafttreten des Arbeitslosenversicherungs-
gesetzes erstattet. Die Bestimmung wird begrenzt bis zum
30. September d. J. Auf die angeforderten Beträge kann das
Reich Vorstöße leisten. Die dem Ausschuß noch zahllos vor-

Die Grenze der bemerkbaren grellen Lüne kann eben-
so für den Geist als für das Ohr überschritten werden.
Die Worte „ich bin ein ehemaliger Sträfling“, die aus
dem Munde Fauchelevents in das Ohr von Marius gin-
gen, reichten über das Mögliche hinaus. Marius hörte
sie nicht. Er wußte wohl, daß man ihm etwas gesagt
hatte, aber er verstand nicht, was. Er blieb stumm stehen.
Er erkannte nur, daß der Mann, der mit ihm sprach,
entsetzlich sei.



„Herr,“ sagte Valjean, „ich habe Ihnen etwas zu sagen. Ich
bin ein ehemaliger Sträfling.“

Valjean mußte das schwarze Tuch auf, in dem er
den rechten Arm trug, nahm den Verband um seine Hand
ab, entblößte seinen Daumen und zeigte ihn Marius.

„Ich habe nichts an meiner Hand,“ sagte er.
Marius sah sich den Daumen an.

„Ich habe nie etwas daran gehabt,“ fuhr Valjean
fort. „Ich mußte mich von Ihrer Hochzeit fernhalten und
habe mich so fern gehalten, als es möglich war. Ich
schützte diese Wunde vor, um kein Falsum zu begehen, um
nichts Ungültiges in den Heiratsvertrag zu bringen, um
nicht unterzeichnen zu müssen.“
Marius stammelte: „Was soll denn das alles be-
deuten?“

„Das soll bedeuten,“ antwortete Valjean, „daß ich im
Zuchthaus war.“
„Sie bringen mich um den Verstand!“ rief Marius
erschrocken aus.

„Herr Pontmercy,“ sagte Valjean, „neunzehn Jahre
war ich im Zuchthaus, Diebstahls wegen, dann wurde ich
zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wegen Dieb-

stahls, wegen Rückfalls. Jetzt, im Augenblick, habe ich
mich eigenmächtig entfernt.“

Wie auch Marius vor der Wirklichkeit zurückwich,
dem, was ihm die Augen sagten, nicht glauben mochte,
er mußte sich darein ergeben. Er fing an, einzusehen, und
dann, wie das immer in solchen Fällen geschieht, ging er
noch darüber hinaus. Er schauerte wie vor einem häß-
lichen inneren Blick. Ein Gedanke, vor dem ihm graute,
ging ihm durch den Kopf. Er sah in der Zukunft für sich
selbst ein grauenvolles Gesicht.

„Sagen Sie alles, alles!“ rief er. „Sie sind der Vater
Cofettes?“

Und er trat mit einer unbeschreiblichen Bewegung des
Entsetzens zwei Schritte zurück.

Valjean richtete den Kopf mit majestätischer Haltung
empor, so daß er weit über seine Länge hinauszuwachsen
schien.

„Es ist nötig, daß Sie mir hier glauben, Herr, ob-
gleich der Eid von Leuten wie ich vor Gericht nicht gültig
ist. Ich der Vater Cofettes? Bei Gott, nein! Ich heiße
nicht Fauchelevent, sondern Johann Valjean. Ich bin
Cofette nichts. Beruhigen Sie sich.“

Marius sah den Mann an. Er war tief ernst und
ruhig. Aus solcher Ruhe konnte keine Lüge hervorgehen.
Was er sagt, ist aufrichtig; man fühlt das Wahre in
dieser Grabesstille.

„Ich glaube Ihnen,“ sagte Marius.

Valjean senkte das Haupt, als wolle er das gewisser-
maßen zu Protokoll nehmen, und fuhr fort:

„Was ich für Cofette bin? Ein Fremder! Vor zehn
Jahren wußte ich noch nicht, daß sie existiere. Ich liebe
sie, ja. Ein Kind, das man klein gesehen hat, während
man schon alt ist, liebt man.“

Sie war Waife, ohne Vater, ohne Mutter. Sie be-
dürfte meiner. Deshalb begann ich sie zu lieben. Die
Kinder sind ja so schwach, daß der erste beste, selbst ein
Mann wie ich, ihr Beschützer sein kann. Ich tat diese
Pflicht Cofette gegenüber.“

Heute tritt Cofette aus meinem Leben heraus. Unsere
Wege trennen sich. Sie ist Frau Pontmercy und hat eine
andere Vorsehung gefunden. Cofette gewinnt dabei.
Alles ist gut. Von ihren sechshunderttausend Frank
sprechen Sie nicht; ich werde Ihren Gedanken darüber
entgegenkommen. Sie sind ein Depositum. Wie das-
selbe in meine Hände gekommen ist, bleibt sich gleich; ich
gebe es zurück; weiter hat man von mir nichts zu ver-
langen. Ich vervollständige die Rückgabe dadurch, daß ich
meinen ersten Namen nenne. Auch das ist meine Sache.
Es liegt mir daran, daß Sie wissen, wer ich bin.“
Valjean sah Marius ins Gesicht.

Marius war wie betäubt von der neuen Lage, die sich
vor ihm auftrat, so daß er mit dem Munde sprach fast wie
jemand, der ihm gerührt hätte wegen dieses Geständnisses.

(Fortsetzung folgt.)